



Gesellschaft oder Isolation

von Lutz Taufer (2. Teil)

Der folgende Text von Lutz Taufer skizziert die verschiedenen Etappen der RAF und ihrer Politik aus seiner Sicht. Das mehrfach erwähnte Front-Papier (Mai-Papier) ist neben anderen Dokumenten nachzulesen in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Konkret Literatur Verlag, 1992 oder in einer der Broschüren des GNN-Verlages in Köln, die dieser mit Texten der RAF herausgegeben hat. Um den doch sehr langen Text lesbarer zu machen, haben wir ihn von durchgängiger Kleinschreibung in Groß/Kleinschreibung umgeändert.

Aus redaktionellen Gründen haben wir ihn auf zwei Ausgaben des ak aufgeteilt. Der erste Teil ist in ak 363 erschienen und behandelt die Zeit bis 1992.

Das Desaster - Die politische Leere

1992. Die Vehemenz, mit der Klärungsprozesse gefordert werden, ohne zu Resultaten zu kommen, entspricht der politischen Leere des Jahres 1992. Die alten, seit 20 Jahren gültigen Gewißheiten sind erschüttert, neue nicht in Sicht. In dieser Krisenzone - in der die Gefahr eines letzten Stillstands ebenso gegeben ist wie die Chance, neue Ufer zu erreichen - wird erstens von fast allen fast alles gedacht und gesagt, was 20 Jahre lang von fast niemandem gesagt wurde, und zweitens wird der Staat initiativ. Wobei zweitrangig ist, welche Ziele er mit dieser Initiative verfolgt. Entscheidend ist, daß

er die Initiative in die Hand bekommt. Und so wird aus dieser Kinkel- und/oder KGT-Initiative eine Köpfe-füllende monströse Angelegenheit. Wohl wissend um den inneren Zustand der Gruppe fordert der Verfassungsschutz die Zusammenlegung, lange vor 1992 (die Gefangenen sollen sich zerstreuen) und identifizieren Gefangene die Kinkel-Initiative sofort als Spaltungsmanöver. Weshalb sollte sich diese Gefangenengruppe, 20 Jahre lang auf Leben und Tod zusammen kämpfend, von einer solchen Initiative spalten lassen?

Nein, es ist nicht der Knast, der nicht mehr auszuhalten ist. Wir haben in fast 20 Jahren gelernt, auch extremste Situationen mit Sinn und Leben und Kampf zu füllen, weshalb sollte das jetzt plötzlich abrechnen? Wenn 1993/94, in der Spaltung, jene Mentalität politischer Auseinandersetzung, aus der 1985 die Pimental-Debatte geführt wurde, in aller Unbefangenheit neu aufgelegt wird, offenbart sich hier, wenn auch in zugespitzter Form, die vermutlich unabänderliche Kontinuität einer bleischweren Unbeweglichkeit, in der das Bewußtsein, das Menschen, Dinge, sich selbst in deutlich spürbarer Bewegung hält, kurz: revolutionäre Identität, schon lange zur "Position", zu Festgesetztem, geronnen ist. Der Raum, in dem "RAF" zu suchen begonnen hatte, war aber ein anderer gewesen. Dorthin als Gruppe zurückzukehren, war unser Versuch der vergangenen Jahre. *Danach*

soll fragen, wer uns kritisiert. Ja, dies wäre ein Sich-Auseinandersetzen auf völlig anderer Ebene, wäre es doch immer sofort auch eine Frage der oder des Kritisierenden an sich selbst. "Position" indes, Begriff von 92 und danach, ist das, was übrigbleibt, wo die Frage revolutionärer Subjektivität außen vor gelassen wird. Der Verlust liegt in einer Politik, die es schon lange aufgegeben hat, *diese* Emanzipation auf *allen* Ebenen des Denkens und Handelns, von Praxis und Theorie anzustreben, zu organisieren, aufleben zu lassen. Als dieser Raum spätestens mit der verdinglichten Vorstellung von "zusammen kämpfen" verlassen wird, wird aus strategischem Defizit politische Orientierung, von nun an sieht alles anders aus, die Spaltung ist da nur die Endmoräne.

Wären jene Energien, die noch 1993/94 für eine Spaltung zur Verfügung stehen, die Jahre zuvor genutzt worden, um den emanzipativ-suchenden Weg der Illegalen, einiger Gefangener, von Leuten draußen mitzugehen statt sich auf das Herausgeben von Diskussionsappellen zu verlegen - ich bin mir sicher, das Jahr 1992 wäre zu diesem Desaster nicht geworden. Ob Gefangene rausgekommen wären, darüber will ich nicht spekulieren. Aber es wäre Erinnerungsarbeit gelaufen, inhaltliche Substanz beschafft worden, ein neues Netz von Verbindungen wäre entstanden. Beides auf der Höhe der Zeit: möglichst breites Sammeln von Kräften gegen die Gefahr von Faschismus, bei gleichzeitiger und immanenter Entwicklung einer radikalen Perspektive, radikal im originären Sinn, den Verhältnissen und ihren objektiven Verankerungen auf den Grund gehend. Daraus ist nichts geworden und so ist die inhaltsleere Härte, wie sie aus den Spaltungstexten spricht, tatsächlich Orientierung in eine Richtung, wie sie Eva Haule nach der April-Erklärung der RAF zutreffend kritisiert:

"Jetzt schrieb mir grade jemand aus Berlin, daß die Entscheidung der RAF und was wir Gefangene dazu gesagt haben, bei manchen Leuten ,Gefühle der Ohnmacht und Niederlage` ausgelöst habe und sie nur noch alles ,zusammenbrechen` sehen.

Das kann ich mir einerseits erklären, so wie die Lage der Linken ist und weil ich weiß, daß für viele hier mit der RAF und ihren Aktionen eine ganze Menge vor allem emotional verbunden war, Hoffungen, ,der Kampf geht weiter` ... alles das. Aber andererseits sind diese Reaktionen politisch völlig leer und das Denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen." (Brief, 25.4.92)

Nach der Erklärung der RAF vom 10.4.92, in der sie die Einstellung der Angriffe mitteilt, bestätigt Irmgard Möller im Namen aller Gefangenen:

"Wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon Mitte der 80er zu erkennen war und im Hungerstreik 89 von uns das erste Mal angepackt und in eine Praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen."

Und wenn Hanna Krabbe im Fernsehinterview der Lübecker Gefangenen vom 16.5.92 die Frage aufwirft, ob Gewalt - angesichts heutiger gesellschaftlicher Zustände - überhaupt noch die Funktion haben kann, "gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen", wenn es in der Gefangenengruppe niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht, ist das eine authentische Auskunft darüber, wo sich die Gruppe Frühjahr 1992, dem Zeitpunkt also, als sich die Reaktionen auf die Kinkel-Initiative herausbilden, befand. Dieser Satz wird auch dann nicht falsch, wenn es - intern - auf die April-Erklärung der RAF selbst Kritik gegeben hat, die indes von ähnlich diskussionsfernem Zuschnitt war wie gewisse Spaltungstexte.

Und folglich setzen auch alle Gefangene an der Kinkel-Initiative ein. Skeptisch zwar, im Bewußtsein oder zumindest mit dem Appell verknüpft, um Freilassung resp. Zusammenlegung kämpfen zu müssen, aber grundsätzlich verworfen wurde sie von niemandem. Entgegen heutiger Legende kommen doch recht weitgehende Vorschläge, wie auf die justiz-institutionelle Ebene eingegangen werden soll.

In der Pressemitteilung der VerteidigerInnen der politischen Gefangenen in der BRD vom 24.2.92, abgestimmt mit den Gefangenen, wird gesagt,

Kinkel habe damit "eine neue Position in der öffentlichen Diskussion" eingenommen, "sich damit der politischen Realität genähert." In ihren Beiträgen zu den 1.-Mai-Demos in Stuttgart und Frankfurt fordern ehemalige Gefangene "vor dem Amtswechsel von Kinkel", daß "eine Entscheidung getroffen wird für die Freiheit aller politischen Gefangenen" und daß die Regierung jetzt Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen solle (clockwork 129a, 22.5.92). Im Angehörigen-Info vom 28.2.92 bekräftigt Eva Haule die Haltung, "auf den Punkt zu gehen, an dem wir einhaken und mit dem, was wir

wollen, weiterkommen zu können statt nur die ‚Counterschnute` zu ziehen und sich zurückzulehnen." Bei diesem Appell sollte es - von der oben bereits erwähnten "Zusammenfassung" einer nie dagewesenen gruppeninternen Diskussion abgesehen - dann aber auch bleiben. Wenn Wochen nach der Kinkel-Initiative sich die Anfragen von draußen häufen, was die Gefangenen denn nun wollten, konkret: nach einer grundsätzlichen Orientierung, einer Erklärung der Gefangenengruppe geradezu gerufen wurde, um draußen handlungsfähig zu werden, wird das mit dem Hinweis auf fehlende Zusammenlegung resp. Diskussionsmöglichkeit ausdrücklich abgelehnt. Das alte Muster. Wieder ist es die Situation der Gefangenen, die zum politischen Angelpunkt gemacht wird - vorgeschobenerweise, denn Hungerstreikerklärungen waren ja auch machbar, nicht zuletzt diese Spaltung. Wenn im April die RAF etwas sagt, dann nicht zuletzt deshalb, um dieses Vakuum zu füllen.

Trotz dieser weitgehend übereinstimmenden Wahrnehmung der Kinkel-Initiative vom Januarbeginn 1992 gab es also erhebliche Unterschiede in der Frage, wie praktisch darauf zu reagieren ist. Verweigerung hielten wir hier stets für die letzte aller Möglichkeiten. Möglicherweise kommt hier aber wieder jenes andere Moment zum tragen: Wer davon ausgeht, daß die Situation so ist, daß Teile der Gesellschaft, über die Linke hinaus, in welcher Form auch immer, sich unserer Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre zuwenden könnten, wer davon überzeugt ist, daß "widerständische" Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen könnten, der wird vermutlich von einem real (oder potentiell) erheblich stärker zu unseren Gunsten existierenden Kräfteverhältnis ausgehen (so jedenfalls die Skizze, wie sie sich aus der Erklärung Helmut Pohl vom 27.8.93 ergibt) - während welche, die wie wir eine solche Einschätzung unmittelbarer Möglichkeiten nicht hatten, eher davon ausgingen, uns ins Zeug legen zu müssen, um das politische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben. Vor einem Jahr hatte ich in "Gesellschaft oder Getto" davon gesprochen, daß Kinkel Januar 1992 der Öffentlichkeit den Gedanken der Freilassung von RAF-Gefangenen in den Kopf gesetzt hatte, "eine neue Position in der öffentlichen Diskussion", und daß es darum gegangen wäre, diese Situation für uns weiterzuziehen und auszubauen, den Gedanken einer Freilassung offensiv zu vertreten, der öffentlichen Position Kinkels und anderer die eigene Kampagne entgegenzusetzen. Wie konnten wir, die wir eben noch von der "großen politischen Auseinandersetzung" mit allen gesellschaftlichen Gruppen geredet hatten, dies an unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte delegieren, wo eben jene gesellschaftliche Gruppen über uns sprachen?!

"Nach der Entscheidung der RAF und den endlich möglich gewordenen öffentlichen Stellungnahmen der Gefangenen aus der RAF in Fernseh- und Zeitungsinterviews gibt es immer mehr Interesse in der Öffentlichkeit, über die Gefangenen zu sprechen." (Vorbereitungsgruppe Demonstration am 20.6.1992, Mitteilung an die Presse, Bonn, 16.6.1992)

Bereits Mitte Januar legt Karl-Heinz Dellwo den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Gefangenengruppe vor. Er beginnt mit einer skeptischen Einschätzung der Kinkel-Initiative: Bereits während des HS 89 hatten RAF und die Gefangenen "die politische Situation grundsätzlich aufgemacht ... von oben kamen nur Reaktionen, den Krieg bis zum ‚Endsieg` fortzusetzen."

"Verschärfung der Haftbedingungen, bundesweite Zellenrazzien, Anwaltsverfolgung, Hetzkampagnen, draußen weiter Repressionsbetrieb gegen Linke und als Abschluß: ein halbes Dutzend neuer anklagen gegen Gefangene, die teilweise schon über 10 Jahre im Gefängnis sitzen, teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglich verurteilt wurden oder kurz vor dem Ende langer Haftstrafen stehen. Gegen die Illegalen neue Fahndungsoffensiven und die alten Illusionen ...

Abschwören ist kein Weg. Auch die acht werden nicht abschwören. Und es wäre auch kein Weg, zu denken, alle Gefangene müßten diese langen Strafen absitzen und sie könnten einzelne Gefangene bis weit übers Jahr 2000 im Gefängnis halten und von unserer Seite gäbe es keinen Kampf mehr."

Insgesamt dreimal werden in dieser zweiseitigen Vorlage die geplanten Kronzeugenprozesse als Hindernis angeführt, um zu einem politischen Umgang mit der Lage zu kommen. So auch in allen Interviews 1992. Aber diese oder irgendeine andere Erklärung wird grundsätzlich abgelehnt. Vielleicht hatte dieses Nein Gründe in einer von diesen Gefangenen erwarteten Einstellungserklärung der RAF, von der sie sich möglicherweise mehr politische Schubkraft für Freilassung/Zusammenlegung versprochen als von einer eigenen Erklärung. Ich weiß es nicht.

Die RAF berichtet in ihrer Erklärung vom 2.11.93, daß es jenen Gefangenen, die von ihr die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe verlangt hatten, um eine Gesamtlösung gegangen sei. Eva Haule schreibt am 25.4.92 in "Sandkörner" (Reader zum Forum 1, Anti-WWG, München, 1992):

*"So sind wir 89 in den Streik. Wäre die ZL und die freie Kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein Aussetzen der Kommandoaktionen bedeutet, denn in der Diskussion, die wir 89 wollten, sollte es um neue gemeinsame Grundlagen für die gesamte revolutionäre Bewegung gehen; was die Priorität des politischen Prozesses einschließt und daß er offen ist für eine grundsätzliche Klärung aller Fragen ... für uns ist **jetzt** die politische Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist - anders wäre ‚Freiheit` bloß ein schöner Traum."*

Wie bereits gesagt, wissen wir nicht, worum damals der Streit ging. Aber eine solche Erklärung wie diese fällt ja nicht vom Himmel. Es ist ein Gedankengang, eine Logik, die der Erklärung von Irmgard Möller vom 10.4.92 weit näher sind als den 1993 im nachhinein entwickelten Legenden: Da die Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre nicht mehr so einfach fortgeführt werden kann, Suche nach neuen Grundlagen und Einstellung der Angriffe, damit die Freilassung nicht nur ein Traum bleibt, sondern eine realistische Perspektive bekommt. 1993 sollte der Vorwurf, die Situation der Gefangenen an den bewaffneten Kampf gebunden zu haben, einer der Hauptgründe für die Spaltung sein. Aber selbst wenn diese Haltung nicht von allen Gefangenen geteilt wurde - wovon ich ausgehe -, wie Helmut Pohl jene Einstellung, wie sie von ihm und einigen anderen Gefangenen von den Illegalen gefordert wird, begründet, wird das ganze dann tatsächlich fragwürdig. Nein, um eine Aufgabe des Kampfs sei es nicht gegangen. Aber Freilassung aller! Wie hätte dieser Vorstellung zufolge der gemeinsame Kampf von Illegalen und - dann - ehemaligen Gefangenen ausgesehen? Die ex-Gefangenen hätten den bewaffneten Kampf in der Theorie richtig gefunden - und die Illegalen hätten ihn in der Praxis geführt. Denselben Widerspruch hatten wir bereits vor 25 Jahren. Auch damals gab es welche, allerdings in anderen Dimensionen, die den bewaffneten Kampf richtig fanden. Sie liefen durch die Straßen von Berlin, Frankfurt, Hamburg und München und riefen zu Tausenden: "Für den Sieg des Vietcong!" Und dann gab es damals welche, die dazu in einer bestimmten Weise Nein gesagt haben. Sie sprachen von revolutionärer Identität, von der Einheit von Sagen und Tun. Das war der Beginn der RAF. Wer für sich selbst den bewaffneten Kampf beendet, wer inhaltlich nichts dazu beiträgt, eine solche Zäsur inhaltlich zu bewältigen und für andere begreifbar zu machen, wer sich nicht darum bemüht, zumindest in Gestalt erkennbarer Suche nach weiterführenden Perspektiven deutlich zu machen, daß es nicht um "Aufgabe des Kampfs" geht, sollte nicht spalten. Ich finde es nicht korrekt, bei anderen draußen einen Eindruck stehen zu lassen, der dazu beitragen könnte, daß sie ihr Leben aufs Spiel setzen.

Ich kann mir vorstellen, daß die Illegalen durchaus damit einverstanden waren, wenn die Gefangenen jetzt versuchen, rauszukommen. Ich kann mir auch vorstellen, daß sie bereit waren, den Kampf alleine weiterzuführen. Keine/r der bisher entlassenen RAF-Gefangenen ist in die Illegalität zurückgegangen. Aber nach allem, was ich in ihren Erklärungen ab April 1992 gelesen und gespürt habe, kann ich mir nicht vorstellen, daß sie sich diese Einstellung, eine solche Zäsur anders denken konnten als auf der Grundlage einer inhaltlichen Durcharbeitung und ihrer Vermittlung. Sie wollten nicht nur den formalen Schritt, sie wollten einen inhaltlichen, sich als Subjekt zur eigenen Geschichte verhalten. Das Problem ist doch nicht, daß die Illegalen diesen Weg eingeschlagen haben, sondern daß zuviele zurückgeblieben sind, um im ihnen geeignet erscheinenden Augenblick den Daumen nach unten zu drehen.

Das Problem ist doch, daß der größte Teil der Gefangenengruppe sich diesem notwendigen Prozeß verweigert hat und deshalb *jede* Einstellungserklärung, ohne einen gemeinsamen Begriff der Situation zur Grundlage zu haben, in der Luft hängen mußte. Was für eine revolutionäre Identität, die in wenigen Sätzen dem Rest der Welt mitteilen will, Mitte der 80er Jahre sei eine Phase zu Ende gegangen - um diese dann über eine Formel von der Legitimität des bewaffneten Kampfs wegzutippen wie ein langweilig gewordenes Fernsehprogramm! Und dies bei all den Toten! Warum ausgerechnet einzelne Feministinnen, die doch über die Wechselbeziehung von Subjektivem und Objektivem etwas wissen, damit Probleme haben, wenn die Illegalen auf einem bewußten Verhalten zu ihrer eigenen Geschichte bestehen, wenn sie nein sagen zu einem Subjekt-Objekt-Verhältnis der geschilderten Art, hat sich mir nicht erschlossen. Es fällt mir schwer, mir nach fast 20 Jahren Abwesenheit aus dieser Gesellschaft ein Bild von der Frauenbewegung zu machen (und vom Ablegen parolenhaft-entfremdeter Bekenntnisse halte ich schon gar nichts!), aber wenn ich das doch richtig verstanden habe, war da die Rede von starken Frauen, die sich auf eigene Identität, auf eigene Kraft, auf eigene, bewußt gemachte Geschichte verlassen. Ich habe das Gefühl, wenn solche emanzipative Kraft in den letzten Jahren in unserem Zusammenhang wirksam geworden wäre, wären die Jahre 92 und 93 anders verlaufen!

In der zweiten Hälfte 93 schließlich die Illusion, diese politische Leere durch die bekannte Schuldzuweisung zu füllen. Nochmal: Wir haben niemandem ein Angebot gemacht und hatten dies auch nicht vor. Wo jemand wie Ströbele davon spricht, daß im Fall einer ausbleibenden Deeskalation in der Gefangenfrage die Möglichkeit einer erneuten Eskalation bewaffneter Aktion wahrscheinlich ist, kann dies gelesen werden als konkrete Drohung, als konkretes Angebot - oder es kann genommen werden als das, was es für Reuter war: die Lageeinschätzung eines früheren aktiven RAF-Anwalts, Kenner der Sachlage, der die Entwicklung verfolgt und der bei Bubis und Reuter formell ausdrücklich als Vertreter einer politischen Gruppierung auftritt, die weder RAF noch Celler Gefangene noch Gefangene aus der RAF und Widerstand heißt - noch sonst irgendwie mit uns in Verbindung gebracht werden kann. Und so war damit auch kein Risiko verbunden. Wir haben niemanden beauftragt, mit dem Verfassungsschützer Benz Kontakt aufzunehmen. Von Reuter/Bubis wußte er nichts. Eine Vermittlung welcher Art auch immer durch ihn hat nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt. Im Kontrast zu den von Brigitte Mohnhaupt und anderen, zu den im "Spiegel" und im Angehörigen-Info aufgetischten umfangreichen Einzelheiten und Abläufen, die wir dort erstmalig nachlesen, erfahren konnten wie jede/r andere auch, mag diese Mitteilung dürftig erscheinen. Aber sie entspricht dem Begriff dessen, was gewesen ist. Daß andere Gefangene sich aber auch davon überfahren fühlen, kann ich nachvollziehen. Im umgekehrten Fall wäre mir das vermutlich genauso gegangen. Auch wenn diese, von uns selbst als peripher und aller Wahrscheinlichkeit nach als nicht besonders effektiv empfundene Initiative nicht gerade ein unerklärlicher Ausbruch aus einem lebendigen Kollektiv war - Alleingang war es allemal. Ein Gespräch mit Bubis würde ich auch heute noch führen, er aber vermutlich nicht mehr mit RAF-Gefangenen. Er hat in den letzten beiden Jahren einen engagierten Antifaschismus vertreten. Als der bekannteste Repräsentant der deutschen Jüdinnen und Juden teilt er bei seinem outing zum Vorgang selbst eine Auffassung mit, die mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen könnte. Das ist gut so. Die Möglichkeit eines Kontakts zu bürgerlichen AntifaschistInnen dürfte mit dem, wie das jetzt gehandhabt wurde, auf lange Zeit verbaut sein. Schließlich: wenn im Papier der Tübinger Gruppe die Frage aufgeworfen wird, ob in der oben erwähnten Lageeinschätzung ein Widerspruch steckt, kann ich das nur mit ja beantworten.

1991 beschäftigten mich zwei Fragen: Perspektive für die Gefangenen; politische Perspektive, wie kann dieser Sinn, wie er trotz allem in den letzten 20 Jahren steckt, heute und morgen wieder lebendig werden. Zum ersten Punkt vertrat ich die Auffassung, daß die Zusammenlegung ein Ziel für erste Knastjahre sein kann, daß es aber keinen Sinn macht, nach 10, 15, 20 Jahren für Zusammenlegung zu kämpfen. Perspektivisch jedenfalls. Politisch schief vor allem deshalb, weil das sich Abfinden mit der Tatsache der Gefangenschaft, ja, des Gefängnisses überhaupt, etwas zutiefst unrevolutionäres, defensives, ja, resignatives hat. Zur politischen Einschätzung kommen, daß eine Freilassungskampagne zu diesem oder jenem Zeitpunkt aussichtslos ist, ist das eine, ob Gefangenschaft in Frage gestellt oder hingenommen wird, das andere. Vor allem sagt es etwas aus über das Verhältnis zum kapitalistischen Zwangssystem überhaupt. Es hat ja wohl auch in der Frauenbewegung, um das, worum es mir geht, an einem Beispiel zu verdeutlichen, nie eine Diskussion darüber gegeben, statt für Frauenbefreiung und gegen Patriarchat nur für Frauenhäuser zu kämpfen, da die Abschaffung des Patriarchats angesichts heutiger Verhältnisse erstmal nicht durchsetzbar sei. Die Frage, die uns vor einiger Zeit mal erreichte, ob wir's denn im Knast nicht mehr aushalten, ist so sinnvoll wie die Gegenfrage, ob ihr's denn im Kapitalismus nicht mehr aushaltet.

Gleichzeitig bemühte ich mich, zu der 1989 angesagten "großen politischen Auseinandersetzung" etwas beizutragen. Deshalb mein Austausch mit Tupamaros und anderen, deshalb inhaltliche Beiträge. Ich bin der Auffassung, wenn von einer solchen Zäsur die Rede ist, muß Nachforschen einsetzen. In beiden Momenten - Bruch mit dem von manchen verinnerlichten Knast; bewußt gemachte und vermittelte Zäsur - steckt ein emanzipatives Moment: durchbrechen eines verdinglichten, oft in erstarrten Formeln und Denkmustern steckengebliebenen Politikverständnisses. Von einem Hinter-sich-lassen solchen Entfremdungsstressses sei es beim Absender, sei es beim Empfänger - verspreche ich mir das Freiwerden enormer Energiemengen, die ansonsten dafür verbraucht werden, labile ideologische Konstrukte in Schach zu halten. Die beiden letzten Jahre sind ein trauriges Beispiel dafür.

Ich denke, ein solcher oder ähnlicher, weniger spektakulärer, dafür inhaltlich aufbauender und vermittelnder Prozeß hätte mehr gebracht; die Erklärung, gezielt tödliche Angriffe einzustellen, hätte drinnen und draußen eine gemeinsame politische Grundlage gehabt. So aber öffnet diese politische Leere dem Taktieren untereinander Tür und Tor.

Vom Kampf zweier Linien zu sprechen, scheint mir etwas voreilig. Darunter verstehe ich doch etwas anderes. Da ist viel zu wenig herausgearbeitet. Solche spektakuläre Interpretationen befriedigen wohl eher das Bedürfnis nach flinker Einordnung, einen aufklärenden Beitrag kann ich darin nicht erkennen. Es wäre eine weitere deprimierende Erfahrung, würde diese unsere Geschichte zum Steinbruch, aus dem auf die Schnelle Brocken herausgebrochen werden, um die jeweilige "Position" zu untermauern. Dennoch ist heute festzuhalten, daß es seit langem auseinanderstrebende Tendenzen gibt, in sich selbst jeweils nicht ohne Widersprüche, von persönlichen Animositäten überlagert und zur Dimension eines Bruchs nicht zuletzt dadurch gebracht, daß die Freiheit, mit Konflikten eher vertrauensvoll als verbissen umzugehen, zu wenig vorhanden war.

Wir hier in Celle haben seit Mitte der 80er Jahre in Richtung einer emanzipatorischen Gegenmacht gesucht. Will sagen: Befreiung braucht die Mobilisierung und Organisation von Aktionskraft, aber ohne die Mobilisierung und Organisation von Zuneigung zur eigenen Kraft, zu Talenten und Bedürfnissen wird das im subjektiven über Aktionismus nicht hinauskommen. Selbst wo man einen weitgehend "militärischen" Standpunkt

einnehmen wollte: daß dies kriegsentscheidend ist, hatte - in seinem Klasseninteresse verallgemeinernd - bereits ein Clausewitz einer revolutionären Armee seiner Zeit abgesehen. Bewaffneter Kampf ist indes eine autoritäre Angelegenheit, und je ungleicher das Kräfteverhältnis, desto größer die Gefahr solcher Verkürzung der Perspektiven. Zeit und Kraft für lange Entwicklungswege ist da so gut wie nie. Aber auch daraus könnte noch etwas rausgeholt werden in einer Epoche, wo das Zeitgefühl verschwimmt angesichts von Zuständen, die in jedem Punkt schon fertig zu sein scheinen, unkorrigierbar kontrolliert und beherrscht - und so beginnen und beenden, unterbrechen und neu anfangen, wovon das Zeitgefühl lebt, sinnlos erscheinen. Guerillamentalität! Zulange haben wir uns in diesem Widerspruch zwischen Sehnsucht nach Befreiung und Zwang zur Härte bewegt, als daß uns das nicht alle verändert hätte. Davon spricht unser Alleingang nicht weniger als die Art und Weise, wie diese Spaltung vollzogen wurde. Es wäre nicht der erste revolutionäre Krieg, der sich durch sich selbst seines ursprünglichen Ziels beraubt. Lenin spricht am Ende des Bürgerkriegs vom Verschwinden der Arbeiterklasse. Womit er nicht deren physische Dezimierung und Zerstreuung in alle Heimdörfer meinte, er spricht, mit Blick auf die Barbarei dieses Kriegs, vom Verlust jenes einzigartigen, kämpferischen und Talente freisetzenden Klassen-Selbstbewußtseins, das Herz und Verstand jenes emanzipatorischen Sozialismusprojekts hätte werden können, das er, ausgerechnet im streß des Revolutionssommers '17, in "Staat und Revolution" und benachbarten Überlegungen entworfen hatte. Die Partei sollte da doch ein ganz und gar un-leninistisches Gewicht haben! Nein, für diesen Lenin war Antimperialismus und Sozialrevolution ganz gewiß kein Gegensatz. Ganz im Gegenteil! Wenn ich mal davon geredet habe, daß wir alte eingefahrene Denk- und Kontroversenmuster überwinden sollten, wäre dies ein Beispiel. Aber auch Marx! In seinem Begriff der Pariser Kommune hat er, strategisch denkend, dem Emanzipatorischen unmißverständliche ja geradezu demonstrativ Vorrang gegeben vor den militärischen Defiziten, obwohl sie ihm den Schlaf geraubt hatten.

In den Auseinandersetzungen der Jahre 1992/93 scheinen die Gewichte anders gelagert zu sein. Denkbar schlechte Voraussetzungen für den Umgang mit dieser Kinkel-Initiative. Denn sie drückt weniger auf das militärische als auf das emanzipatorische Moment. Das, wie unsere Geschichte nun mal gelaufen ist, eher bei den Gefangenen lag, wenn auch in sehr widersprüchlicher Weise, als bei den bewaffnet Kämpfenden, egal ob den von 75, 77 oder 85. Im Konflikt einiger Gefangener mit den Illegalen 90/91 taucht es auf Seiten der RAF auf, findet seinen Ausdruck in den April- und August-Texten 92, um von jenen, die sich einen klaren Blick nur noch über Kimme und Korn vorstellen können, intern sofort als "Müßli" denunziert zu werden.

Wenn es von Seiten des Staats keine politische Antwort gab, dann vor allem deshalb, weil sie glaubten, mit der Figur Steinmetz endlich der militärischen Lösung nahe gekommen zu sein. Dies ist das eine. Das andere ist, daß die seit Januar 92 vom Staatsschutzbunker noch einmal mit besonderer Inbrunst gelegte Eskalationsspur gewiß kein Fremdkörper in der gegenwärtigen Politik von Staat und Kapital ist. Mölln, Bad Kleinen, Solingen gehören zusammen. Von allem andern gar nicht zu reden. An dieser Figur Steinmetz fällt jedenfalls auf, daß sie überall hinfließen will. Und darin ist sie sicher auch Produkt jener politischen Leere, von der oben die Rede war. Nicht daß aus solcher politischen Leere zwangsläufig Verrat kommen müßte, aber dem Verrat vorbeugende Identität kommt aus Verdinglichung und Fetisch nicht.

Ich denke, die politische Vorstellung, wie sie beispielhaft in der Erklärung Helmut Pohl 27.8.93 sichtbar wird: Teile der Gesellschaft könnten sich der seit 20 Jahren richtig antizipierenden RAF-Politik anschließen, nachdem sie im heutigen kapitalistischen Durchmarsch ihre Lage erkannt haben, und zwar ohne daß es von unserer Seite aus nennenswerte Austauschanstrengungen braucht, da die Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen - solch ein Szenario ist so realitätsverträglich wie das der weltweiten resp. westeuropäischen Front der 80er Jahre. Umgekehrt wird ein Schuh draus! Die praktische Initiative muß auf die Menschen zufliegen, die in dieser Welt mehr denn je Grund haben, ihre Lage zu begreifen (mehr denn je aber, nicht zuletzt in ihrer oft zugespitzten Vereinzelung, Schwierigkeiten damit haben dürften), und die so in der revolutionären Initiative etwas wiedererkennen von ihrem Bedürfnis, von ihrem Traum nach Würde und Existenz (wozu heute auch der Wunsch gehört, zurückzuschlagen) - jede Initiative ein Moment, aus dem sich nach und nach das Puzzle einer revolutionär-emanzipativen Gegenmacht und -wirklichkeit herausstellt. Ja, es mag sein, daß RAF Hoffnungen auf sich gezogen hat (aber auch Ängste), aber eine revolutionäre Strategie, die diesen Namen verdient, muß doch darauf aus sein, den Menschen Hoffnungen auf sich selbst zu machen! Wo bewaffnete Aktion und revolutionärer Kampf zum Synonym werden, ist die Niederlege vorprogrammiert - sowohl politisch als auch militärisch.

Konkret - auch um das, was von uns und an uns in den letzten Jahren gelaufen ist, einordnen zu können - am wichtigsten scheint mir aktuell eine möglichst breite Front gegen die Gefahr von Faschismus. Eine Frage, die unausweichlich auf uns zukommen wird, spätestens dann, wenn es in dieser Entwicklung einen noch bedrohlicheren Sprung geben wird. So jedenfalls die Erfahrungen aus der Geschichte. Das von Spaltung und Zensur ausgehende Signal geht in die falsche Richtung. Diese Faschisierung ist aber nur der unverstellte Klartext des neoliberalen Wolfsgesetzes. Antifaschistischer Kampf ist notwendig, soweit ich das von hier sehen kann, hat er eine Kraft und eine Wirkung entwickelt, die ihn legitimiert, aber doch ist er ohne Schutzwirkung gegenüber der Zerstörungsdynamik des neoliberalen Totalitarismus. Die Diskussion über bewaffnete Aktionen, wie sie in den letzten zwei Jahren weitgehend geführt wurde, halte ich nicht für einen Beitrag zur Lösung dieser Frage, sondern für einen Beitrag zu ihrer Verdrängung.

Wir hier haben das Gewicht unserer Arbeit in den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Suche nach einer Überwindungsperspektive gelegt: das 77-Seiten-Papier von Karl-Heinz Dellwo, ursprünglich für die gruppeninterne Diskussion bestimmt, in Ausschnitten jetzt in der berliner Zeitschrift ARRANCA! (Nr. 3, Winter 92/93) veröffentlicht; mein Austausch mit Tupamaros (Lutz Taufer, "Auf der Suche ...", ak 337, 16.12.91), der Beitrag im PIZZA-Sammelband Frühjahr 1992 (Lutz Taufer, "Gedanken gegen die Mauern", in: PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke - Zwischen den Welten. VLA), Diskussionen und Auseinandersetzungen mit Linken und Alternativen aus den verschiedensten Bereichen, aus Ost- und Westdeutschland. Es ist sicher richtig, daß Gefangene nach dieser langen Zeit des Abgeschottetseins von jeder sinnlichen Erfahrbarkeit der stark veränderten Gesellschaft draußen sich bei einer solchen Arbeit in einzelnen Punkten vertun können. Unser grundsätzliches Anliegen sehe ich aber durch die Entwicklung der letzten Monate eher noch einmal bekräftigt. Auf jeden Fall war diese Arbeit sinnvoller als die An- und Absage von Diskussionen, denen dann aber keine eigene Vorgabe folgte.

Nicht zuletzt ging es uns darum, zwischen der Realpolitik "Zusammenlegung durchsetzen" und der Irrealpolitik einer weltweiten Front zu einem Maß zu finden, das unseren Möglichkeiten und Kräften entspricht und so Entwicklungsmöglichkeiten in sich trägt.

Was uns in den letzten Jahren umgetrieben hat, könnte in den Sätzen aus dem PIZZA-Beitrag skizziert sein:

"Widerstand ist Abwehrkampf, Negation von bestehendem schlechten. Widerstand ist nicht revolutionär, denn er führt der Gesellschaft nicht jenes positive zu, dessen Möglichkeit er mit seiner radikalen Kritik am Bestehenden behauptet."

Die Suche nach einer Überwindungsperspektive wird allerdings in dem Maß subjektiv als sinnlos und abgehoben erscheinen und objektiv auch sein, wo die Alltagskämpfe ums Überleben und für eine selbstbewußte Kultur der Existenz diesseits der Selektionsrampe Weltmarktrentabilität nicht geführt werden. Damit ist aber schon die Unmöglichkeit benannt, unseren Kampf hier anders als mit international-solidarischer Wirkung zu entwerfen. Warum Auschwitz im US-Krieg gegen Vietnam wiedererkennbar gewesen sein soll, die nicht weniger massenhaft-tödlichen ökonomischen Vernichtungsfeldzüge des westlichen Kapitals gegen die allermeisten Trikont-Länder Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses sein sollen, ist nicht nachzuvollziehen. Bei jenen, die so reden, scheint mir das demokratische Heute nicht weniger

ideologisch-entäußert zu sein wie ehemals das revolutionäre. Wenn die Aufstände gerade in den als jahrzehntlang "stabil" und "demokratisch" geltenden Ländern Lateinamerikas wie Mexiko und Venezuela zunehmen, ist das ein deutliches Zeichen. Auch hier bei uns wächst die Bedrohung von Leben und Existenz. Ohne die Erfahrungen aus all diesen Kämpfen, ohne ihre wechselseitige Annäherung und Vermittlung, wird aber eine Überwindungsstrategie kaum zu gewinnen sein. Der im Bild der One-World suggerierte Endsieg hat so nicht stattgefunden. Ratlosigkeit in globalperspektivischer Hinsicht breitet sich aus. Dies zu sagen heißt nicht, die zu unterschätzen, die trotzdem versuchen, die kapitalistische Katastrophe zu verwalten und jene, die so uneinsichtig sind, noch immer wie Menschen leben zu wollen, in Schach zu halten.

Es gibt draußen welche, die die Einstellung der Angriffe, das damit verbundene Aufknuten unserer Geschichte sowie - kaum vermittelt - Andeutungen, wonach in der Gesellschaft heute etwas anderes möglich sein soll, als Messer in den Rücken empfinden. "Links" steht mit dem Rücken zur Wand - so sehr die Kämpfe ums Überleben im Alltag ohne Militanz kaum noch vorstellbar sind, so sehr sie auch ganz subjektiv Überlebensbedingung sind, an der grundsätzlichen Situation ist damit allein nichts zu ändern. Ich denke aber, auch wenn eine revolutionäre Perspektive nicht in Sicht ist, haben die Recht, die Widerstand leisten. Das war ursprünglich Selbstverständnis von "RAF", um nach und nach dem verbalradikalen Lippenbekenntnis zu weichen.

Wenn wir etwas antizipiert haben, dann diese revolutionäre Subjektivität. Es hat in dieser Gruppe harte Auseinandersetzungen gegeben, auch hier in Celle gab es die. Wie sollte das anders sein, wir sind nicht vom Mond gefallen. Positiv- wie Negativmythen haben dazu beigetragen, Konflikte, die bei einer so langen Zeit und unter derart extremen Bedingungen ganz natürlich, ja, ich würde sagen, notwendig sind, nicht immer in konstruktiver Weise regulieren zu können. Also wurden sie akkumuliert. Aber wenn es diese Gruppe mehr als zwei Jahrzehnte gegeben hat, dann aus einer Reihe von Kämpfen ums Überleben als politisch freibleibende Menschen, aus Bedingungen heraus, die denen draußen heute sehr viel verwandter sind als noch vor 20 Jahren. Die Erfahrungen, die wir erkämpft haben, waren und sind verschlungen in eine Wirklichkeit, die immer wieder so unüberwindbar schien wie die heutige Wirklichkeit draußen. Es gab im Hochsicherheitstrakt und in den Isolationszellen keine Möglichkeit, sich lange Illusionen über die eigene Situation zu machen. Als Gefangene hatten wir nie den Reichtum an Möglichkeiten zum Kämpfen und zum Leben, den es draußen solange gab und der inzwischen dramatisch zu schrumpfen scheint. Wir hatten keinen gemeinsamen Ort wie eine Arbeiterbewegung die Fabrik oder die Gewerkschaft oder eine Hausbesetzerbewegung den Kiez - und unter dem existentiellen Druck der Vernichtungshaft hatte wir auch nicht immer den Luxus endloser Zeit, eine präzise Klassenanalyse anzufertigen, bevor wir einen Hungerstreik begannen. Entsprechende Forderungen, wie sie 92 uns hier erreichten, haben mich doch eher melancholisch gestimmt. Es gab keine hinreichend vorhandene Ressourcen, auf welcher subjektiven und objektiven Ebene auch immer, sie waren dschungelmäßig, äußerst dürrig und beschwerlich. Trotzdem hat sich die Gefangenengruppe in ihrem Kampf der Wirklichkeit präziser angenähert als viele andere. Sie hat gekämpft auf einem Terrain, auf dem das System in jedem noch so kleinen Detail die Initiative zu haben scheint, in einer Situation der scheinbar erdrückenden Übermacht des Gegners; an einem unausweichlich feststehenden, unentrinnbar öden und engen Ort, nach einer Zeiteinteilung, die den eigenen Lebens- und Arbeitsrhythmus zerstückelt; nach objektiven Bedingungen für emotionales und intellektuelles Leben, wie sie unter sensorischer Deprivation und sozialer Isolation schlechter kaum vorstellbar waren und, bei Birgit Hogefeld, noch heute so sind. Wir waren hier in der elendigen Situation einer Guerilla, die mit nichts in der Hand beginnt und lange, lange Zeit über diese erbärmlichen Bedingungen nicht hinauskommt - und die deshalb gar keine andere Wahl hat als unterzugehen, und das heißt auch, individuell unterzugehen, oder ein Maximum an Erfindungsreichtum, Flexibilität, Kraft und Risikobereitschaft zu entfalten. Wir hatten nicht die Möglichkeit, auf Zwangsernährung und Isolationshaft mit Transparenten oder dem Aufstellen "richtiger Forderungen" reagieren zu können. Wie Robinson auf seiner Insel waren wir gezwungen, ständig neue Lösungen zu erfinden. In der politischen Aussage hat es, nicht zuletzt aufgrund dieser Bedingungen, Fehler gegeben. Gut, daß es immer wieder ein paar gibt, die die dahinter sich verborgenen moralischen Abgründe aufdecken. Wir waren in unserem Kampf auf der Höhe der Zeit. Wenn wir dabei an eine Grenze gestoßen sind, dann die, daß unsere Art und Weise, zu kämpfen, eine Vorahnung gewissermaßen, vertieft und verbreitert, aufgehoben sein könnte im Kämpfen, Handeln, nachdenken und suchen auf neuer Ebene. Denn die alltägliche Dimension von Austilgung und Selbstastilgung, von Deprivation und Enteignung hat die abhängigen Teile der Gesellschaft draußen längst erreicht.

Als normative Kraft des *Tat*-Sachen-Schaffens gingen die Gefangenen immer wieder voran, zusammen kämpfend und doch erstmal allein und auf eigene Faust, und darin waren sie Avantgarde im besten Sinn. Da entstand Nähe, erlebt wurde die Geburt menschlicher Beziehungen über Hunderte von Kilometern hinweg, und so von Kraft. Die Furcht vor einer unklaren, offenen Situation - offen im Negativen wie im Positiven -, verwarf sich im Sprung in die Solidarität. Jene, die uns - die letzten beiden Jahre nicht zum ersten Mal - die Klarheit der Klassikerinnen und Klassiker vorhalten, übersehen dabei, daß es diese, ohne die schon fast natürliche Solidarität der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, gar nicht gegeben hätte. Ja, gewiß, Solidarität ist naiv. Aber in dieser Scham vor solcher Einfachheit, in der manche Linke jener Metropolengesellschaft und der Logik des Wolfsgesetzes ähnlicher sind als ihnen recht ist, verbirgt sich schließlich ein Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit von Einzelnen, die nicht mehr wissen, wie sie das anstellen sollen. Ungewiß, wie heute nun mal alles ist, braucht eine solche Situation der Krise und des Übergangs eine Solidarität, die Kraft und Selbstbewußtsein genug hat, auch mal alleine zu gehen, ohne auf die ewige Krücke der moralisierenden Abgrenzung angewiesen zu sein. Im ungewissen der einfachen Negation Priorität zu geben - diese endlose und so müde machende Geschichte des Herummanövrierens in der Sackgasse von Ausgrenzung und Abgrenzung - schafft keine Klarheit. Wenn wir Ohnmachtsgefühle (ab und zu) lindern wollen, mag es genügen, hier und da eine bewaffnete Aktion zu machen. Wo wir aber die Ohnmachtsituation aufbrechen wollen, müssen wir alle die politisch-ökonomisch-kulturelle Schranke durchbrechen, die uns heute stärker denn je gesetzt ist, ja, uns einzukreisen droht. Mag sein, daß unsere Suche nach dem, womit die Gesellschaft schwanger geht - nicht nur nach Marx *conditio sine qua non* jeden revolutionären Prozesses, manchen allerdings untrügliches Zeichen für reformistische Dekadenz - angesichts der real existierenden Kraft und Bewußtseinslagen von uns Linken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung nicht vermittelt ist. Trotzdem möchte ich auf Gramscis Warnung hinweisen, die konjunkturellen Entwicklungen nicht mit den organischen zu verwechseln.